

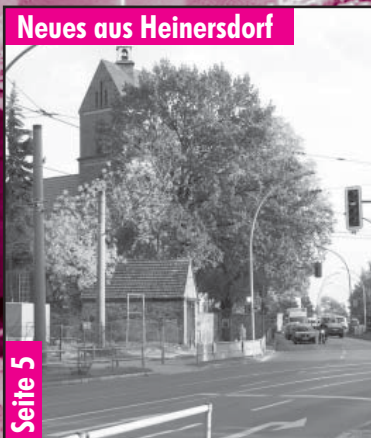


ÖBS



Seite 3/4

Neues aus Heinersdorf



Seite 5

Gemeinschaftsschule



Seite 6

Aus BVV und Ausschüssen

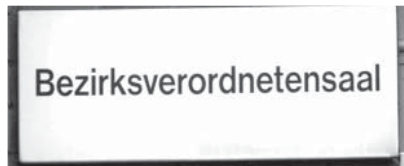
Scharmützel



Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) beschäftigte sich im ersten Teil ihrer 18. Ordentlichen Tagung überwiegend mit dem Abschluss seit längerer Zeit laufender Diskussionen. So konnte nun endlich ein Planwerk für die Erneuerung der Oderberger Straße im Ortsteil Prenzlauer Berg verabschiedet werden.

Nach dem die BVV vor gut einem Jahr die damals vorgelegten Pläne auf Antrag des Verkehrsausschusses verworfen hatte, hat so ein sicher ungewöhnliches Planungsverfahren seinen Abschluss gefunden: Bürgerbeteiligung in diesem Ausmaß war bisher bei einer Straßenbaumaßnahme im Bezirk noch nie praktiziert worden. Auch die in letzter Minute erhobenen, etwas altbackenen Einwände der Unteren Denkmalschutzbehörde konnten gelöst werden.

Jetzt wird es darauf ankommen, bei der Umsetzung der Pläne das erreichte Maß der Transparenz und Zusammenarbeit von Bürgern und



Behörden beizubehalten. Die BVV beschloss weiterhin die Pläne für den Ausbau der Kastanienallee in Rosenthal und eines Teilstücks der Blankenburger Chaussee in Karow. CDU und FDP nutzten die Gelegenheit, um einmal mehr gegen das Straßenausbaubeitragsgesetz zu wettern – allerdings nun zum sechsten Mal, ohne ein einziges, wirkliches Argument anzuführen. Was dazu führte, dass der Fraktionschefin der Grünen der Kragen platzte und sie ihrem Ärger laut Luft machte.

Es steht aber zu befürchten, dass mindestens die Schwarzen angesichts ihrer landesweit nachgewiesenen Politikunfähigkeit so weitermachen werden. Ein Antrag der Grünen zur Heidekrautbahn, der die alten Planungen von einem

Turbahnhof am Karower Kreuz wieder hinter dem Ofen hervorholte, wurde abgelehnt.

Die BVV sah keinen Grund, ihren Beschluss vom April 2001, der eine Reaktivierung der Strecke von Wilhelmsruh bis Schönwalde und die Durchbindung der Heidekrautbahn zum Gesundbrunnen verlangt, zu revidieren. Es kommt jetzt nur darauf an, dass die hier mögliche Verkehrsleistung von den Ländern Berlin und Brandenburg endlich auch bestellt wird.

Zum Schluss noch eine gute Nachricht für die Heinersdorfer: Die BVV beschloss, die Brache zwischen Romain-Rolland- und Malchower Straße gegenüber dem Wildstrubelpfad wieder aus dem Straßenreinigerverzeichnis herausnehmen zu lassen. Wie sie da überhaupt hineingekommen ist, bleibt allerdings eines der großen Geheimnisse des Berliner Verwaltungswesens.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Note 3 für's Jobcenter



Zur Entwicklung des VIVANTES-Krankenhaus Prenzlauer Berg gab die zuständige Regionaldirektorin Frau Dr. Dreizehnter den Bezirksverordneten im Ausschuss für Gesundheit, Arbeit und Soziales Auskunft.

Zu Beginn des Jahres war aus ökonomischen Gründen entschieden worden, den Standort Prenzlauer Berg mit dem Krankenhaus Friedrichshain zu fusionieren. Leistungen und Personal sollten entsprechend zusammengeführt, aber nicht gekürzt werden. Die Grund- und Regelversorgung für die Patienten sollte bis 2011 im Prenzlauer Berg bleiben und die Altersmedizin ausgebaut werden.

Die Linksfraktion brachte ihr Unverständnis zum Ausdruck. Größe und Struktur der Bevölkerung im Prenzlauer Berg sowie die Notwendigkeit einer wohnortnahen Versorgung waren unseres Erachtens unzureichend in die Entscheidung von VIVANTES eingeflos-

sen. Außerdem fehlt nach wie vor ein Gesamtkonzept für das große Krankenhausunternehmen.

Ein von der Linksfraktion eingebrachter Änderungsantrag zu Pflegestützpunkten forderte das Bezirksamt auf, sich für die Einbeziehung der Koordinierungsstelle „Rund ums Alter“ einzusetzen.

In der letzten Ausschusssitzung berichtete die zuständige Sozialstadträtin, dass dies nun umgesetzt werden soll.

Zum öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) im Bereich des JobCenters Pankow erläuterte der Geschäftsführer Herr Hieb, dass er zuversichtlich ist, zum Jahresende etwas mehr als 460 Stellen in sozial nützlichen Bereichen bewilligt zu haben. Damit werde das geplante Ziel von 500 einzustellenden Erwerbslosen nur knapp verfehlt.

Nicht erfüllt hat sich hingegen die Erwartung, dass auch private Arbeitgeber vom Instrument des ÖBS Gebrauch machen. In diesem

Bereich wurden seit dem 1. April 2008 nur drei Stellen geschaffen.

Schließlich wurde im Gesundheits-, Arbeits- und Sozialausschuss der BVV auch noch über die Zufriedenheit der Bürger mit dem Jobcenter diskutiert: Bei der Freundlichkeit kamen die Mitarbeiter gut weg, bei anderen Merkmalen gaben die Bürger dem Jobcenter eher ein Befriedigend. Unbefriedigend ist aber die Dauer der Bearbeitung der von Betroffenen eingereichten Widersprüche gegen ALG II-Bescheide. Hier hat sich die durchschnittliche Bearbeitungsdauer verlängert. Es sind aber keine Widerspruchsfälle mehr offen, die mehr als ein Jahr zurückliegen. Die Bezirksverordneten waren sich mit der Leitung des JobCenters einig, dass eine Qualitätsverbesserung im Leistungsbereich notwendig ist, damit Widersprüche erst gar nicht entstehen.

Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter

Das Interview

ÖBS statt Hungerlohn

extraDrei sprach mit Kerstin Liebich, Staatssekretärin für Arbeit in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Die diplomierte Verwaltungswirtin wurde 1972 in Ribnitz-Damgarten geboren und war zwischen 2002 bis 2006 Bezirkstadträtin für Gesundheit und Soziales im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg. Seit diesem Jahr wohnt sie in Wilhelmsruh.

Kerstin, Du wurdest vor zwei Jahren zur Staatssekretärin berufen. Was hat Dich am meisten verwundet in der Regierungsarbeit?

Uns geht es natürlich darum, Ideen und Vorschläge der LINKEN durchzusetzen. Dennoch ist der Kompromiss ein ganz wichtiges Mittel in der Politik. Man muss Konflikte lösen und widerstreitende Interessen ausgleichen. Das heißt auch mal, wechselseitig auf Forderungen zu verzichten. Ich bin immer noch erstaunt, wie wenig das allgemein akzeptiert wird.

Und gärgert?

Dass Politik und vor allem Regieren eine fehlerfreie Zone sein soll. Ich sehe Fehler als Chance. Wenn ich aus ihnen lernen will, sind sie unverzichtbar. Aber in der öffentlichen Wahrnehmung dürfen Fehler nicht sein, dabei passieren sie natürlich. Das finde ich verlogen und ärgerlich.

Die LINKE hat die Schaffung von 2.500 Stellen im öffentlichen geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) im Koalitionsvertrag mit der SPD verankert. Was meint dieses Wortungetüm?

Nichts anderes als Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, indem wir sozialversicherungspflichtige Stellen für Langzeitarbeitslose schaffen. Auf der einen Seite werden viele gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben nicht erledigt, und auf der anderen Seite gibt es viele Menschen, die keinen Arbeitsplatz haben. Beides führen wir zusammen. Den gesellschaftlichen Mehrwert kann man in den Projekten jetzt schon sehen. Wir wollen nicht nur einen abwechslungsreichen Spei-

seplan, um mal an die fatale Position von Finanzsenator Sarrazin zu erinnern, sondern Stigmatisierung und Ausgrenzung etwas entgegenzusetzen.

Wieviel Stellen wurden schon geschaffen? In welchen Bereichen?

Insgesamt sind jetzt 3.700 Stellen bewilligt und 2.700 schon besetzt. Wir haben Schwerpunkte gesetzt und wollen vor allem den sozialen Zusammenhalt in der Stadt stärken. Dabei schaffen wir Serviceangebote



für Seniorinnen und Senioren, bringen die Integration von Migrantinnen und Migranten voran und unterstützen Nachbarschaftsarbeit sowie kulturelle und schulische Bildung.

Nenn mir doch mal ein Projekt in Pankow.

Oh, in Pankow gibt es viele interessante Projekte. Ein sehr gutes ist Paula Panke. Es bietet flexible Kinderbetreuung, schließt damit eine Lücke in der Versorgung und ermöglicht vor allem Frauen mit ungewöhnlichen Arbeitszeiten, berufstätig zu sein.

Man konnte lesen, dass der ÖBS schwer in die Gänge kam. Hat Euch die Bundesregierung Knüppel in die Beine geworfen?

Allerdings. Natürlich will die große Koalition im Bund nicht, dass wir in Berlin erfolgreich sind. Wir bieten Perspektiven für Langzeitarbeitslose, die in der bundesdeutschen Parteienlandschaft doch ansonsten

schon längst abgeschrieben sind. Das Konzept des ÖBS ist auch ein Gegenentwurf zu den Ein-Euro-Jobs, die wir ablehnen. Und wir bestehen auf eine tarifliche Entlohnung auf dem Mindestlohnniveau von 7,50 Euro.

Und die Job-Center, ziehen die wenigstens mit?

Sie sind Teil einer Bundesbehörde und halten sich an das, was ihnen Bundesregierung oder Bundesagentur für Arbeit sagen. Deren Vorschriften machen es den Mitarbeitern nicht gerade leicht, Stellen im ÖBS zu besetzen. Die Umsetzung in den letzten Monaten war zäh und anstrengend. Aber unsere Senatorin Heidi Knake-Werner hat immer wieder das Beste herausgeholt, und wir sind jetzt auf einem guten Weg.

B'90/DIE GRÜNEN meinen, der ÖBS taue wegen der engen Zugangskriterien nicht zum Vorzeigeprojekt. Viele Arbeitslose würden aus dem Programm ausgeschlossen.

Die Grünen unterschlagen, dass wir auf Bundesprogramme zurückgreifen müssen, da die Arbeitsmarktpolitik vor allem Bundessache ist. Die Zugangskriterien hat der Bund, der ja einen Teil des Geldes beisteuert, in der Tat sehr eng ausgelegt. Er schließt bestimmte Arbeitslose aus, nicht wir. Und die Grünen kritisieren, dass die Beschäftigten im ÖBS angeblich zu gut bezahlt werden. Das muss man sich mal klarmachen: sie finden 7,50 Euro Stundenlohn zu viel. Dort wo wir hingegen Einfluss haben, setzen wir den Mindestlohn von 7,50 Euro um. Wir beteiligen uns nicht am Lohnwettbewerb nach unten.

Okay, Ihr habt Ende dieses Jahres den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag erfüllt. Und wie lautet Dein Kürprogramm?

Mein Wunsch wäre, dass wir bis 2010 insgesamt 7.500 bis 8.000 Stellen schaffen. Und dass der ÖBS dann anerkannt ist.

Interview:
Sandra Brunner

Referenzprojekt: Öffentlich Geförderter Beschäftigungssektor

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit



Es ist ein ehrgeiziges Ziel der Berliner LINKEN mit öffentlicher Förderung 10.000 neue Existenzsichernde Arbeitsplätze im gemeinnützigen Sektor in Berlin zu schaffen. Die Trägervertretung des JobCenter Pankow hat in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, mit einem Beschäftigungszuschuss nach § 16a SGB II und einem Landeszuschuss im Jahr 2008 rund 500 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür wurden 3,8 Millionen Euro zweckgebundene Mittel eingeplant. Anfang des Jahres meinte das JobCenter, dass diese Stellen des Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) nur in einem geringeren Maße besetzt werden könnten: „Es ständen keine, in ausreichender Anzahl geeigneten Erwerbslosen mit entsprechenden Zugangsvoraussetzungen zur Verfügung.“ Welch ein Hohn für alle Erwerbslosen in den 30.000 Pankower vorhandenen Bedarfsgemeinschaften! Mit Stand 30. Juni wurden in Pankow 193 Arbeitsverhältnisse mit einem Beschäftigungszuschuss ge-



JobCenter-Pankow

fördert. 52 Anträge von Vereinen und Trägern auf Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Stellen im ÖBS wurden abgelehnt; die Fördervoraussetzungen lagen nicht vor. Veränderte Zielstellung des JobCenters war nun lediglich die Einrichtung von 300 Plätzen im ÖBS im Jahr 2008. Mit dieser Aussage gaben sich die Mitglieder der Linksfraktion im Ausschuss für Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow nicht zufrieden. Mit

Nachdruck und Ausdauer forderten sie aktuelle Angaben über die Zahl der besetzten Stellen, die Nennung von Gründen für die schleppende Umsetzung des ÖBS-Projekts und welche Beschäftigungsbereiche vom ÖBS profitieren.

Die Beschäftigten sind in Nachbarschaftszentren, in Kreativprojekten, in Sozialwerkstätten, in Freiwilligenagenturen, in der Betreuung von Behinderten, der Förderung des Freizeitsports, der Integrationsberatung und vielen anderen Bereichen tätig. Der Bedarf an Arbeiten in diesen gesellschaftlichen Bereichen steigt stetig. Im Ausschuss für Arbeit im September kam nun die Wende: „270 Stellen sind besetzt, 194 werden in Kürze bewilligt“, so die Aussage des JobCenters. Immerhin, Pankow wird am Jahresende 464 von 500 Stellen besetzt haben. Die Anstrengungen haben sich zwar ausgezahlt. Dennoch hätten weitere 36 Menschen sinnvolle und notwendige Arbeit für sich und die Gesellschaft leisten können.

Eveline Lämmer
Bezirksverordnete

ÖBS bei Stern-Radio



extraDrei berichtete im Februar 2007 über die Schwierigkeiten bei der Finanzierung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS), einem Projekt, das auf Initiative der LINKEN in der Berliner Koalitionsvereinbarung festgeschrieben wurde.

Mit Hilfe der Bundesprogramme „Jobperspektive“ und „Kommunalkombi“, die auf Druck auch der LINKEN zustande kamen, wurde die Realisierung des ÖBS möglich. In Pankow werden unter anderem drei Mitarbeiter im Projekt „Mobile Spielzeuginstandsetzung“ bei der Stern-Radio Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH in der Liebermannstraße 75 über den ÖBS gefördert.

Bei Stern-Radio, einem über viele Jahre bewährten gemeinnützigen Träger in Weißensee, sieht man den ÖBS positiv. Für die Langzeit-

arbeitslosen, die 1.300 Euro brutto erhalten und für den Träger, der 140 Euro pro Teilnehmer monatlich an Sachkosten bekommt, bilden die mehrjährigen, sozialversicherungspflichtigen Stellen durchaus eine Perspektive. Zwar, wie auch Senatorin Heidi Knake-Werner (DIE LINKE) bei der Einführung des ÖBS sagte, würden mit dem Programm „nicht alle Blümenträume erfüllt“, aber es bietet eine „sinnvolle Alternative zu den sinnlosen Ein-Euro-Jobs“.

Das Anliegen des ÖBS, älteren Menschen, die wegen mangelnder Ausbildung oder anderen Schwierigkeiten keine Arbeit finden, eine berufliche Perspektive zu geben und zugleich eine sinnvolle, nützliche soziale Tätigkeit zu leisten, ist bei dem Projekt von Stern-Radio mit guten Erfahrungen und Ergebnissen erfüllt. Die Mitarbeiter

können sich über mangelnde Arbeit nicht beklagen. Ihre Aufgabe, Spielzeug, Spielgeräte und Kleinmöbel in Kindertagesstätten in Pankow-Weißensee zu begutachten, Kleinstreparaturen, Verschönerung und Ausbesserungen vorzunehmen, wird von den Einrichtungen im Bezirk gut angenommen und ist für die Betreuung und Sicherheit der Kinder dringend notwendig.

Die Beschäftigten haben durch den ÖBS nicht nur eine Existenzsichernde und gesellschaftlich wichtige Aufgabe gefunden, sondern ihr persönliches Leben hat sicher auch einen neuen Sinn bekommen.

Für den Träger hat sich die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter bewährt. Das Bezirksamt wäre vielleicht gut beraten, die Angebote des Projektes noch intensiver zu nutzen.

Renate Tepper

Neues aus Heinersdorf

Offene Tür – jeden Tag

Der Bau der Khadija-Moschee der Ahmadiyya Muslim Jamaat Gemeinde in der Tiniusstraße 5 - 8 in Heinersdorf ist fertig gestellt. Mit 400 geladenen Gästen aus Politik, Gesellschaft und der Nachbarschaft wurde die Moschee am 16. Oktober offiziell eröffnet und einen Tag später nahmen über 500 Gemeindemitglieder aus aller Welt am ersten Freitagsgebet in der neuen Moschee teil.

Die Moschee hat im Erdgeschoss einen Gebetsraum für die Männer und der Kuppelsaal im ersten Obergeschoss ist der Gebetsraum der Frauen. Beide Gebetsräume haben eine Fläche von ca. 170 qm. Ebenfalls befinden sich zwei Waschräume, ein kleines Büro und eine Teeküche im Moscheegebäude.

Im Neubau an der Straßenseite wurden in der ersten Etage zwei Wohnungen geplant. Ein Konferenzraum, eine Bibliothek und ein Büroraum für administrative Zwecke werden im Erdgeschoss zur Verfügung stehen.

Die Farbe ist zwar inzwischen getrocknet, aber längst sind noch nicht alle Bedenken einiger Heinersdorferinnen und Heinersdorfer gegen die Moschee ausgeräumt. Der Bau der ersten Moschee im Ostteil der Stadt war auf Kritik gestoßen. Und selbst am Tag der Einweihung des Gotteshauses gab es unschöne antimuslimische und fremdenfeindliche Proteste.

Um die vielfältigen Befürchtungen auszuräumen, gab es bisher viele Veranstaltungen und auch der Imam Abdul Basit Tariq nahm jede Gelegenheit wahr, in der Öffentlichkeit zu sprechen und seine Gemeinde vorzustellen. Die Ahmadiyya-Gemeinde gilt als reformorientiert und ihre Mitglieder werden beispielsweise in Pakistan verfolgt. Die Ahmadi stehen für die Ausbreitung des Islam mit friedlichen geistigen Mitteln. Sie lehnen die Todesstrafe für den Abfall vom Glauben oder die Steinigung von Ehebrecherinnen ab.

Die Frauen werden in der Ahma-



Heinersdorfer Moschee

diyya-Gemeinde als vollkommen gleichwertig angesehen, jedoch wird teilweise zwischen den Aufgaben von Männern und Frauen unterschieden. Ihr Motto „Liebe für Alle, Hass für Keinen“ werden die Ahmadi brauchen, um sich gegen religiöse und ideologische Feinde zu behaupten. Ihre Moschee steht jedenfalls täglich offen und jeder kann, sofern er es möchte, sich davon überzeugen, dass ihr Glaube ein friedlicher Glaube ist.

Karla Krausnickel

Zukunftswerkstatt Heinersdorf

Als andere in Heinersdorf gegen den Moscheebau vorgehen, fanden sich Heinersdorfer in der Zukunftswerkstatt zusammen, um zu zeigen, dass ihnen die Gleichbehandlung, weltanschauliche und religiöse Toleranz sowie die Förderung bürgerschaftlichen Engagements wichtig sind. Das zeigten auch die beiden Zukunftskonferenzen.

Die zweite Konferenz fand Ende September mit 80 Heinersdorfern, Kommunalpolitikern, einer BVG-Vertreterin und vielen anderen statt. Zunächst wurde eine Bilanz seit der ersten Konferenz im November 2007 gezogen:

Aus der Zukunftswerkstatt Heinersdorf wurde ein eingetragener Verein. 52 Mitglieder und 30 weitere Bürger arbeiten in vielen Arbeitsgruppen mit. Mit Unterstützung vieler Heinersdorfer kam Anfang Juli ein Dorffest zustande. Die Einnahmen von 2.000 Euro wurden für die Erneuerung des Bolzplatzes an der Straßenbahnhaltstelle gestiftet.

Bei dem von Sponsoren unterstützten Lauf an der Grundschule Am Wasserturm kamen über 4.500 Euro für den Kauf einer Musikanlage für die Schule zusammen.

An Wochenenden erneuerten die Mitglieder der Zukunftswerkstatt den Spielplatz auf dem Platz A und machten ihn zu einer Attraktion. Durch Arbeitseinsätze wurden ein weiterer Spielplatz in der Romain-Rolland-, Ecke Neukirchstraße wieder in Ordnung gebracht und ein Klettergerüst aufgestellt.

Seit April informiert die Zukunftswerkstatt über ihre Aktivitäten in einem Schaukasten an der Straßenbahnhaltstelle Heinersdorf-Kirche und durch eine eigene Internetseite. Am Tag der Moscheeeröffnung am 16. Oktober protestierte sie mit einem bunten Band für Vielfalt und Toleranz gegen Ausgrenzung und Hetze in Heinersdorf. Auch für das nächste Jahr hat sich die Werkstatt viel vorgenommen: Ein Nachbarschaftshaus soll als Treff- und Anlaufpunkt für



Platz A

die Heinersdorfer errichtet werden. Das sportliche Angebot in Heinersdorf muss verbessert und Sponsoren für den Belag auf dem Bolzplatz an der Straßenbahnhaltstelle gefunden werden. Ein zweites Fest soll gefeiert und Fahrradständer an der Haltestelle Heinersdorf-Kirche durch die BVG aufgestellt werden. Das Bezirksamt soll den Fußweg in der Romain-Rolland-Straße von der Haltestelle bis zum Plus-Markt behindertengerecht herrichten und gegen die Lärmbelästigung durch das Gewerbegebiet in der Blankenburger Straße vorgehen.

Thomas Goetzke

Bezirksverordneter

Mitglied der Zukunftswerkstatt

www.zukunftswerkstatt-heinersdorf.de

Gemeinschaftsschule - wie weiter?

Bildungsziele für Berlin



Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) hat Eckpunkte für eine Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur vorgelegt. Kurzfristig schlägt er vor, die Haupt- noch vor 2011 mit den Realschulen zu fusionieren. Langfristig will er ein zweigliedriges Schulsystem, in dem es neben dem Gymnasium nur noch eine Regionalschule geben soll.

Gemeinschaftsschulen kommen in Zöllner's Konzept nur am Rande in der Regionalschule vor.

Überraschend kam dieser Vorstoß nicht. Mit den Koalitionsfraktionen von SPD und LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus war er jedoch nicht abgestimmt.

Die LINKE ist mit dem Senator der Ansicht, dass die Hauptschule gescheitert ist; sie zu überwinden, ist richtig. Im Unterschied zu Zöllner reicht uns das jedoch nicht. Wir wollen eine Schule erreichen, in der alle Schüler gemeinsam lernen und die ohne Selektion der Schüler

auskommt. Eine Zweigliedrigkeit, wie der Senator sie anstrebt, verabschiedet sich endgültig von diesem Ziel. Zöllners Vorschläge beschränken sich auf die Schulstruktur.

Wir brauchen aber zuerst eine Verständigung darüber, was wir mit der Berliner Schule erreichen wollen und wie sie sich deshalb verändern muss. Hierzu haben Personen aus SPD und LINKE ein Papier zu Bildungszielen vorgelegt:

Alle Schüler sollen einen Schulabschluss erwerben, die Abiturquote soll auf zwei Drittel erhöht werden und der Bildungserfolg darf nicht von der sozialen Herkunft abhängen. Dreh- und Angelpunkt unseres Vorschlags ist dabei die Überwindung des Prinzips der Auslese.

Als Schritt dahin wird ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen: Neben dem Auslaufen der Hauptschule soll es in allen Schulformen Veränderungen geben. Unter anderem sollen Schulen niemanden mehr

wegen schlechter Noten wegschicken dürfen. Die Bildungsempfehlung soll ebenso überwunden werden wie das teure und unnütze Sitzen bleiben.

Vorgeschlagen wird eine Qualitäts-offensive, die Lehrer besser in die Lage versetzt, in leistungsheterogenen Gruppen zu lehren. Außerdem soll bei der Schulausstattung die soziale Lage der Kinder stärker berücksichtigt werden.

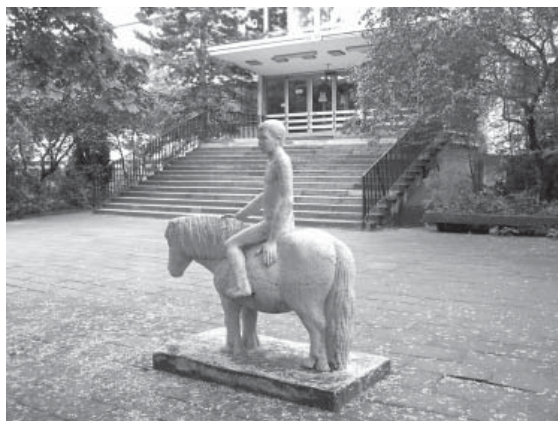
Nicht zuletzt soll die Pilotphase Gemeinschaftsschule gestärkt werden.

Damit kann die Qualität in der Schule im Sinne der formulierten Bildungsziele verbessert werden. Gleichzeitig kommt man der Gemeinschaftsschule für alle Kinder näher, in der niemand ausgegrenzt wird und jeder einzelne zu besseren Lernerfolgen kommt.

Steffen Zillich

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Gemeinschaftsschulen



Das mehrgliedrige deutsche Schulsystem wird den Anforderungen der Wissensgesellschaft nicht gerecht. Der normierte Zugang zur Bildung selektiert nicht nur übermäßig viele Schüler, sondern legt auch Lernbereitschaft und -vermögen lahm. Als Folge wird in der Diskussion ein Wechsel von der Lernziel- zur Kompetenzorientierung, also vom normativen zum individuellen Lernen, als notwendig formuliert. Diesen

Wechsel mit der Umgestaltung in Richtung Gemeinschaftsschule zu vollziehen, wie von den LINKEN in Berlin gefordert, wäre das Konsequente.

Idealtypisch ist sie eine Schule der Inklusion, in der alle Begabungen, auch die besonderen, ein Lernzuhaus haben und die nicht das Fremde oder Andersartige anpasst. Ihr Kennzeichen ist Vielfalt und Kooperation. Individuelle Lernpläne, persönliche Hilfestellungen und gemeinsame Lerngruppen sind die Formen, in denen Vielfalt gelebt wird. In ihnen entsteht entlang von Rahmenplänen die Vielfalt der Lernmöglichkeiten und des Erkenntnisgewinns.

In der Gemeinschaftsschule bleiben die Kinder möglichst bis einschließlich der zehnten Klasse in altersübergreifenden Stufen zusammen, ohne abgeschult zu werden. Gemeinschaftsschulen sind selbstverantwortete Schulen, die partizipierend-demokratisch aufgebaut sind. Sie bilden das Herzstück von Lernlandschaften, in denen Lernende und Lernberater

lösungsorientiert von einander lernen. Gemeinschaftsschulen zeichnen sich durch den Paradigmenwechsel vom Unterrichten zum Lernen aus.

Kinder werden in Sach-, Methoden-, Selbst- und Sozialkompetenz geschult. Sie lernen anhand von gemeinsamer Bewertung und dem Abstecken der Lernziele, sich selbst einzuschätzen und zu steuern. Durch Entscheidungsvielfalt lernen sie Verantwortung zu übernehmen.

Gemeinschaftsschulen sind Schulen der Pragmatik. Lernen, Wissen schaffen, Pläne erspielen, Erkenntnisse diskutieren, Kommunizieren und den Weg von Frage zu Frage beschreiten, konzentriert Schule auf Handeln. Eine Zwei- oder Mehrgliedrigkeit würde aufgrund ihrer Zulassungsbeschränkung für Schüler nicht annähernd das in dem Paradigmenwechsel angelegten Potential ausschöpfen. Denn dieser geht vorrangig von dem Menschen als kooperatives und nicht als konkurrenzes Wesen aus.

Lena Tietgen

Bezirkspolitik

LINKE mit neuem Vorsitzenden

extraDrei sprach mit Sören Benn, dem neuen Vorsitzenden der LINKE Pankow. Der Vater einer Tochter ist 40 Jahre alt und verheiratet. Der gelernte Baufacharbeiter mit Abitur hat nach der Wende Sozialpädagogik studiert. Derzeit ist er Freiberufler in den Bereichen Teamentwicklung, Praxisberatung und Weiterbildung. Ferner ist er Vorsitzender des Kinder- und Jugendhilfeausschusses der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV).

Sören, herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl und viel Erfolg in Deiner zukünftigen Arbeit.

Vielen Dank.

Welche neuen Aufgaben siehst Du für die LINKE in Pankow?

Die neuen Aufgaben sind die alten. Es muss weiter darum gehen, linke Themen zu setzen und sie glaubwürdig mit linken Lösungsansätzen zu verbinden: Mindestlohn, Überwindung von Hartz IV und Antikriegspolitik sind die zentralen bundespolitischen Handlungs-

felder. Der Erhalt und - wo nötig - der Aufbau neuer soziokultureller Infrastruktur bleibt die zentrale Herausforderung auf kommunaler Ebene.

Und eins muss klar sein oder wieder werden: Wir haben das Zeug, wieder stärkste Partei in Pankow zu werden.

Wie stellst Du Dir die Arbeit mit den und der Basisorganisationen vor?

Für die Integration und dauerhafte Bindung von Neumitgliedern brauchen wir neue attraktive Strukturen territorialer und inhaltlicher Art. Die Bildung von arbeitsfähigen Ortsteilverbänden in allen Bezirksteilen bleibt eine zu lösende Aufgabe. Gleichzeitig muss die soziale Funktion gewachsener Strukturen respektiert werden.

Die bevorstehenden Wahlkämpfe geben allen die Möglichkeit, in neuer Weise Kontakte und Aktivitäten zwischen Basisstrukturen neu zu beleben und zu verstetigen. Innerparteiliche Meinungsbildung, politische Bildung und kommunale

Kommunikation werden meine besondere Aufmerksamkeit finden.

Welche Rolle siehst Du für Dich als Bezirksvorsitzender?

Als stellvertretender Bezirksvorsitzender, der ich seit einem guten Jahr bin, werde ich in neuer Rolle weiter daran arbeiten, die Arbeit des Bezirksvorstandes auf viele Schultern zu verteilen und zu qualifizieren sowie den Draht zur Basis und der BVV-Fraktion zu verbessern.

Pluralität der Aufgabenwahrnehmung setzt breite Beteiligung aller Aktiven bei Klarheit der Verantwortlichkeiten und Kenntlichmachung der gemeinsamen politischen Richtung voraus. Daran müssen sich alle Mitglieder des Bezirksvorstandes, mich eingeschlossen, messen lassen.

Aber auch die Basis trägt Verantwortung für die Verankerung in den Kiezen, Vereinen und Initiativen und das Erscheinungsbild der Partei.

Interview:
Klaus Flemming



Ein Ort, zwei Welten

Der Abend versprach bei Wein und Gitarrenklängen harmonisch zu werden. Er wurde es aber nicht.

Klaus Lederer, Mitglied des Abgeordnetenhauses für DIE LINKE, hatte am 26. September zum „Roten Salon“ ins Pankower Kavalierhaus geladen. Seine Gäste auf dem Podium waren diesmal Pfarrerinnen Ruth Misselwitz, die Buchhändlerin Renate Saavedra, der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg Niels Busch-Petersen, der Architekt Franz Schmid, Hellmut Vollmar, Geschäftsführer der Caritas und Stadtrat Dr. Michail Nelken (DIE LINKE).

Das Thema „Pankow. Woher? Wohin?“ erhitze immer noch die Gemüter, wenn Menschen aus Alt-Pankow und Prenzlauer Berg aufeinander treffen. Und so provozierte Michail Nelken gleich zu Beginn mit seiner Feststellung, dass sich in Alt-Pankow vieles um Hei-

matgeschichte und insbesondere um das Bürgerpark-Tor drehe, was wohl heißen sollte, dass die Pankower Gesellschaft ein wenig altbürgerlich sei. Das ließen die Pastorin und die Buchhändlerin aber nicht gelten und konterten sogleich mit ihrer Darstellung eines Ortsteils, der reich an Kultur und Künstlern war bzw. ist. Nicht zu unrecht erinnerte Ruth Misselwitz auch an die unabhängigen Bürgerrechtsgruppen und den bis heute aktiven Pankower Friedenskreis. Pankow sei im besten Sinn schon immer liberal, offen und demokratisch.

Als zugereister Pankower, so Franz Schmid, fühlt er sich gut in Pankow integriert. Aber die geschlossene Schwimmhalle in der Wolfshagener Strasse habe ihn sehr verärgert, weil es im Pankower Zentrum kaum Freizeitangebote gibt und sich zu wenig Bürger bisher dagegen gewehrt haben. Und deswegen grün-



Kavalierhaus Breite Straße

dete er eine Bürgerinitiative zur Wiedereröffnung.

Auch Niels-Busch Petersen kritisierte, dass die Pankower City unattraktiv sei, kein kluger Plan dafür existiere und die Kommunalpolitik einseitig auf den Prenzlauer Berg fokussiert sei.

Hingegen lebt Hellmut Vollmar trotz aller Defizite gerne in Pankow, weil die Menschen hier freundlich und offen miteinander umgehen. Und so war man sich nach einer Stunde Diskussion einig darüber, dass man sich nicht einig ist, was Pankow auszeichnet.

Andreas Bossmann

Das Letzte

Jeden Tag ein Mord



Es ist auffällig in letzter Zeit, dass Politiker recht häufig aus ihren Ämtern purzeln. In der Geschichte wird immer wieder von Königsmorden berichtet. Shakespeare stellt in seinen Dramen schon im 16. Jahrhundert solche Bluttaten vor. Erinnert sei an Macbeth. In der Tragödie wird der treue Gefolgsherr des Königs Duncan zum Meuchelmörder. Nach der Bluttat ist Macbeth 16 Jahre lang Herrscher.

Nun will ich nicht suggerieren, dass die „Rücktritte“ einiger deutscher Politiker Königsmorden gleichzusetzen sind.

Allein schon deshalb nicht, weil Deutschland keinen König hat - mal abgesehen von Jürgen Drews, aber der ist nur König von Mallorca.

Aber auch heute scheinen Ereignisse an der Tagesordnung zu sein, Machtverhältnisse, na sagen wir mal, zu korrigieren. Gut, es ist nicht mehr ganz so letal wie bei Shakespeare.

Heute wird Widersachern mit demokratischen Mitteln „nahegelegt“, freiwillig auf Macht und Einfluss zu verzichten oder sie werden ganz einfach von einer „kugelnden“ Mehrheit abgewählt.

So kann man den Sturz durch „Münze“, den Verzicht von „Kurt, dem Weinbauern aus der Pfalz“ oder die Abwahl von „Friedbert“, auch wenn der „biologische Stoff Blut“ nicht geflossen ist, bildlich

verstanden als Königsmorde der neuen Zeit bezeichnen.

Die Zerrissenheit der Gesellschaft, in der wir leben, führt immer wieder - ausgehend von Gruppeninteressen und beeinflusst von charakterlichen Unzulänglichkeiten - zu „blutigen“ Auseinandersetzungen um die politische Macht oder in „brutalst möglicher“ Weise zur Konservierung der bestehenden Verhältnisse. Den Machtkampf im Freistaat würde ich allerdings nicht als Drama, sondern vielmehr als Posse bezeichnen.

Inwieweit allerdings auch in unserem Jahrhundert Hexen bei „Donner, Blitz oder Regen“ im Hintergrund wirken, mit Prophezeiungen Einfluss ausüben oder ihn bereits gewonnen haben, könnte wohl nur ein Theologe feststellen und das auch nur nachts, wenn Hexen üblicherweise tätig sind. Aber ich bin kein Theologe und nachts schlafe ich tief und fest.

Klaus Flemming

5. November 20 Uhr

„Rot-Rot-Grün – Chance oder Bedrohung für Deutschland?“

In der Veranstaltungsreihe der Hellen Panke e.V. „Brot, Pop & Politik - Stefan Liebich und Gäste“ unterhalten sich diesmal Jürgen Trittin, Vizefraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Björn Böhning, Mitglied im Parteivorstand der SPD und Stefan Liebich, Vizefraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Moderation: Robin Alexander (DIE WELT), Musik: Buba Jammeh & Friend (African - Caribbean Music) **im Blauen Salon der Brotfabrik, Prenzlauer Promenade 3/Ca-ligariplatz 1, Nähe S Prenzlauer Allee**

WANNWOWASWANNWOWASWANN

03. November 18 Uhr
Beratung der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

10. November 18 Uhr
Beratung der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

12. November 17:30 Uhr
19. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Pankow, BVV-Saal, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7

13. November 17-18 Uhr
Bürgersprechstunde von Marion Seelig, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S & U Schönhauser Allee

18 Uhr
Basistag der Linksfraktion in der BVV, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S & U Schönhauser Allee

20 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S & U Schönhauser Allee

19. November 18-19 Uhr
Bürgersprechstunde von Stefan Liebich, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Frei-Zeit-Haus-Weißensee, Pistoriusstraße 23

21. November 17 Uhr
„Weißensee Gespräche“: Das Frei-Zeit-Haus e.V. lädt zur Diskussion mit Stefan Liebich, Mitglied des Abgeordnetenhauses zum Thema: „Rechtsextreme in Weißensee: Was ist zu tun?“, Pistoriusstraße 23

24. November 18 Uhr
Beratung der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

26. November 17:30 Uhr
Fortsetzung der 19. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Pankow, BVV-Saal, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7

27. November 19:30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S & U Schönhauser Allee

01. Dezember 18 Uhr
Beratung der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

06/07. Dezember 10 Uhr
1. Tagung des 2. Landesparteitages, Neuwahl des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE Berlin

08. Dezember 18 Uhr
Beratung der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

10. Dezember 17:30 Uhr
20. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Pankow, BVV-Saal, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7

11. Dezember 18 Uhr
Basistag der Pankower Linken, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S & U Schönhauser Allee

20 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S & U Schönhauser Allee

22. Dezember 19:30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S und U Schönhauser Allee

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. Oktober 2008
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 28. November 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: Wohnanlage Prenzlauer-Gärten, Andreas Bossmann